

Berlin, Donnerstag,

den 21. Mai 1891.

Die Zeitung erscheint in der Woche  
zwölfmal.

Abonnements-Preis:  
vierteljährl. für Berlin 7 Mt. 50 Pf.  
ohne Postlohn, für ganz Deutsch-  
land und Oesterreich 9 Mt.

Für Frankreich, Belgien, England,  
Schweiz, Amerika u. Kreuzband-Zen-  
dung 20 Mt. per Vierteljahr.

Abonnements werden angenommen:  
für Frankreich bei Aug. Amal in  
Straßburg i. E.,

für England bei Aug. Siegle in London,  
20 Vine Street E. C., sowie 4 & Co. in  
London, 19 Gresham Street E. C.

# Berliner Börsen-Beitung.

Abonnements werden angenommen  
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen:

- Submissions-Anzeiger.
- Hôtels- und Bäder-Anzeiger.
- Vollständige Zeichnungslisten  
der Preussischen Klassen-Lotterie.
- Allgemeine Verlosungs-Tabellen  
mit Restanten-Listen
- und viele andere wichtige tabellarisch  
Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die viergespaltene Zeile 40 Pf.,  
Reclamezeile 80 Pf., die ganze Seite  
200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

## Weltwirthschaftsfragen.

Wenn der Herbst kommt, wird die große Frage der neudeutschen Handelspolitik zur Erörterung reif sein. Der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn soll „anfangs 1892“ bereits in Kraft treten, spätestens also doch im März des nächsten Jahres. Die Verträge mit Italien, Rumänien und der Schweiz bereiten voraussichtlich wenig Hindernisse. So ist sicher darauf zu rechnen, daß sie gleichzeitig mit dem Oesterreichisch-Ungarischen Vertrag im Herbst schon zur öffentlichen Erörterung und zur parlamentarischen Behandlung gestellt werden. Die Regierung ist gewillt, eine größere Anzahl solcher Verträge auf einmal herauszugeben, damit deren Zusammenfassung die ganze Bedeutung der veränderten Politik sofort in volle Beleuchtung treten läßt. Schon aus diesem Grunde darf man gewärtig sein, im Herbst mindestens die oben erwähnten Verträge auf einmal zu erhalten. Zweifelhaft ist andererseits, ob ein Vertrag mit Belgien bis dahin schon, und ob ein Vertrag mit Rußland überhaupt vereinbart werden kann. Daß Handelsverträge auch mit diesen Staaten, insbesondere mit Rußland, beabsichtigt sind, giebt den größeren, und in der That hochbedeutungsvollen Hintergrund zu den bereits gesicherten Verträgen.

Das Urtheil vom Standpunkte der Parteien, wie der meistbestehenden. Erwerbstheile aus kann heute noch nicht abgefaßt werden. Es wäre unter allen Umständen politisch ein Fehler und wirtschaftlich könnte es geradezu Frevdel sein, die Verträge unbedenktlich zu verwerfen und die denselben zu Grunde gelegte, weit ausgreifende Handelspolitik kurzweg abzulehnen. Die „Kreuzzeitung“ ist denn auch die einzige, von einer parlamentarischen Gruppe gedeckte Stelle, von der aus ein solcher kurzfristiger Standpunkt vertreten wird.

Wir sind aber weit entfernt, in den entgegengegesetzten Fehler zu verfallen und blindlings aufzuheben zu wollen, was wir gar nicht kennen. Vielmehr thut jedermann am besten, sich ein abschließendes Urtheil auszusprechen, bis er die Vor- und Nachtheile der einzelnen Verträge und demgemäß den materiellen Werth des neuen Systems abwägen kann. Wenn wir im Voraus den überden Werth der neuen Handelspolitik nach ihren großen, allgemeinen Umrissen zu erörtern suchen, so geschieht es natürlich nur unter dem Vorbehalt, daß die Vertragsgliedernden überall ein ethisches Abkommen auf der Grundlage gleicher Leistungen und Gegenleistungen gewollt und zu Stande gebracht haben. Die Regierung zu verdächtigen, daß sie eine Politik in die Wege leite, bei der wir nur geben, die fremden Staaten nur nehmen, — überlassen wir der Kreuzzeitung und denen, die sich in ihrem Gewissen durch solcherlei Demagogenthum nicht bedrückt fühlen.

Ist es aber an dem, daß eine leidliche Gegenfälligkeit in der ganzen Vertragspolitik vorausgesetzt bleiben darf, so läßt sich die ideale Bedeutung derselben nicht verkennen. Die Beweggründe dazu sind den Erfahrungen in der Weltwirthschaft zu entnehmen. Die Zielpunkte stellen sich ziemlich deutlich vor Augen.

Im Stande der weltwirthschaftlichen Beziehungen ist der Umschwung neuesten Datums unverkennbar. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben so rücksichtslos als nur denkbar die Abperrung ihrer Grenzen gegen alle Welt betrieben und damit ihre gewerbliche Production allerdings zu hoher Leistungsfähigkeit geführt. Jetzt erachten sie diesen Proceß weit genug vorgeschritten, um ihrem eigenen Gewerbe ganz Amerika tributpflichtig zu machen. Zu dem Zweck soll Canada so lange bedrängt werden, bis es sich dem Einverleibung in die Nordamerikanische Union fügt. Mittel- und Südamerika sollen nach und nach dahin gebracht werden, daß sie die Einfuhr aus der Union billiger bezogen, als die Einfuhr aus anderen Erdtheilen. Mit Brasilien ist ein solcher Vertrag schon vorbereitet. Wie rasch die kleineren Staaten mit der Gewährung von Differentialzöllen nachzolen müssen, ist eine Frage, die wieder abhängig ist von der Frage, wie diese problematischen Staatenbildungen aus ihren politischen und finanziellen Wirren als selbständige Wesen überhaupt herauskommen. Gelingt ihnen dies, so

ist es anders gar nicht denkbar, als daß sie schließlich der Schuldnechtheit gegenüber dem finanzkräftigen Norden verfallen, wie demal ein Portugal der Englischen Schuldnechtheit verfiel. Gelingt es ihnen nicht, so zerfallen sie und dann ist der Norden so wie so „der Nächste am Erbe, der Nächste am Gut.“

Zu dieser Großamerikanischen Politik ist System. Der ganze Amerikanische Erdtheil soll wirtschaftlich auf sich selbst und unter die Obervormundschaft des wirtschaftlich stärksten Gliedes, der Union, gestellt werden. Und in diesem System liegt eine so zwingend-erzwingende Kraft, daß man dasselbe sehr ernst nehmen muß. Je weiter es ausgefaltet wird, desto gewaltiger wird die Umgestaltung des weltwirthschaftlichen Verkehrs. Die Einfuhr aus Europa und Asien nach Amerika bewerkstelligt sich heute nach Milliarden jährlich. Der Verlust jedes Bruchtheils davon bedeutet unberechenbare Schädigungen am Nationalvermögen der Herkunftsländer und Störungen im Kreislauf des Blutes im Weltwirthschaftskörper. Bald da, bald dort wird unversehens ein Fieberzustand die Folge sein.

Frankreich, auch hier wieder der Gernegroß, folgt dem Beispiel der Union. Es schließt sich durch Schutzzölle ab, die den Charakter der Prohibitivzölle gar nicht verleugnen wollen, und sucht gleichzeitig nach „befreundeten Staaten“, mit denen sich ein engeres Wirthschaftsbündnis stiften ließe. Wenn sich im gegenwärtigen Augenblicke Niemand dazu findet, so bereitet das den Franzosen nicht die geringste Sorge. Sie beschließen einjeweilen das alte System der Differentialzölle, wie es Brasilien zu Gunsten der Einfuhr aus Nordamerika einrichten will, und lassen das Weitere auf die nächste — Veränderung der Landkarte Europas ankommen. Ein siegreiches Frankreich wird sich die wirtschaftlichen Schutzrechte nach Gefallen aussuchen können, — das ist der schlichte verheißene Hintergrund der neuesten französischen Zollpolitik, und unlogisch ist er durchaus nicht. Zugewiesen greift schon die Abperrung der Französischen Grenzen tief genug in den eingelebten weltwirthschaftlichen Verkehr ein und fordert die sorgliche Erwägung namentlich der Deutschen Staatswirthschaftspolitik heraus.

Eine andere Gefahr reißt im Osten. Während die abendländische Welt mit steigendem Interesse sich der Erdtheile des dunklen Welttheils bemächtigt, richtet Rußland den Blick auf Mittel-Asien. Dort leben Millionen von Menschen, deren Culturbedürfnisse zwar heute noch gering sind, sich aber ungleich rascher steigern lassen, als bei den Völkern der heißen Zone. Rußland will auf den Zukunftsmärkten Mittelasiens keinen Concurrenten haben. Die nächste Sorge Rußlands muß deshalb auf die Entwicklung einer eigenen industriellen Thätigkeit gerichtet sein, die ausreichend für die steigenden Bedürfnisse des halbcivilisirten Mittelasiens sorgen kann. Darum die eiferfüchtige Ueberwachung der Gebirgspässe, durch die der Indisch-Englische Handel nach Mittelasien heraufdringen möchte. Darum auch die ungeheure Schutzgollschranke Rußlands gegen die westlichen Europäischen Grenzen hin.

So sehen wir ein systematisches Bestreben, dem Weltwirthschaftsverkehr mit Amerika sowohl, wie mit Rußland-Mittelasien die Aern zu unterbinden und Frankreich wäre am liebsten auch in Gesellschaft der romanischen Völker in der Lage, ein größeres Gebiet wirtschaftlich allein zu beherrschen und vom Weltwirthschaftsverkehr abzuschließen.

„Die Welt am Ende des 19. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des Verkehrs“ — schrieb der Kaiser vor kurzem dem Staatssecretär von Stephan als Geburtsstagsgruß. Man möchte fast bezweifeln an der Wahrheit dieses Satzes, wenn man die hier gekennzeichneten Bestrebungen beobachtet. Daß es eine Wahrheit bleiben möge, ist aber das anerkanntswürdige Bestreben der Deutschen Handelspolitik, und sie beruht hierauf den bei Errichtung des Reiches maßgebenden Gedankenansatz.

Ein „Ring“ kann nur wieder durch einen „Ring“ gebrochen werden. Soll es gelingen, die Abperrungspolitik großer Staatenvereinigungen zurückzuführen, so kann es nur geschehen dadurch, daß wir uns selbst abperrern. Wir werden dabei zu Schaden kommen, wenn wir die alte Zollvereinigung, also die heutige Deutsche Grenze als Sperrelinie wählen

würden. Unsere Industrie könnte in ihrer gegenwärtigen Blüthe nicht erhalten werden, wenn sie vom einseitigen Markte leben müßte, der bei Wetten nicht aufnahmefähig genug ist, um namentlich unsere Eisenindustrie voll zu beschäftigen. Wird die Grenze aber etwas weiter gezogen, können wir einen Wirthschaftsbund mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Rumänien und der Schweiz stiften, der jene Erzeugnisse gegenseitig austauscht, so hat unsere Industrie einigermaßen Ersatz für den, ihr verloren gehenden Absatz in Ost und West und in Amerika, und wir sind bei Verdrückung unseres Verkehrs an Brodfrucht weit weniger als bisher auf Rußland und America angewiesen.

Als Trugbund ist also dieser mitteleuropäische Verband existenzfähig, d. h. er ist existenzberechtigt. Er soll aber nicht Trugbund allein sein, so wenig wie es der Dreibund in politischer Hinsicht ist. Er läßt, wie dieser, jedem die Möglichkeit des Anschlusses offen, der aus seiner Abperrungspolitik wieder heraus in den freieren Strom des Weltverkehrs sich begeben will. Der beste Beweis dafür ist, daß gleichzeitig mit Rußland über einen Handelsvertrag verhandelt werden soll. Mögen Jahre vergehen, bis daraus etwas wird, das Ziel ist und bleibt doch für den mitteleuropäischen Bund, die Existenzfähigkeit, wo sie systematisch verfolgt wird, anzuknüpfen, der Weltindustrie den Weltmarkt zu erhalten, bezw. zu erweitern. Und dieser weitere Gesichtspunkt ist es, der ein schweres Gewicht für die neue Handelspolitik des Reiches in die Waagschale fallen läßt.

—w—

## Telegraphische Depeschen.

**Hamburg, 20. Mai. (G. T. G.)** Wie der „Hamburgischen Börsenhalle“ telegraphisch gemeldet wird, ist die Angelegenheit des Chilenischen Dampfers „Atata“ mit dem Amerikanischen Admiral in Zantique geordnet worden.

**Wetz, 20. Mai. (G. T. G.)** In dem Abgeordneten- und dem Magnatenhaufe wurde heute ein königliches Decret verlesen, durch welches die dritte Reichstagsession geschlossen, und die Eröffnung der fünften Session auf morgen anberaumt wird.

**Haag, 20. Mai. (G. T. G.)** Der wichtigste Engländerische Gesandte hat, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, dem holländischen Minister des Aeußeren eine Entschädigungsforderung wegen der Beschädigung Britischer Eigentums gelegentlich der Unruhen in Surinam überreicht.

**Brüssel, 20. Mai. (G. T. G.)** Die Centralsection hat sich einstimmig für das Princip der Verfassungsrevision ausgesprochen. Die Majorität ist der Ansicht, daß die Revision den Bedingungen angepaßt werden müsse, welche in den verschiedenen, seitens der Centralsection angenommenen Resolutionen aufgestellt sind. Die Section vertagte sich jedoch auf unbestimmte Zeit, um ihrem Berichterstatter Zeit zu gewähren, seinen Bericht an die Kammer vorzubereiten.

**London, 20. Mai. (G. T. G.)** Die Deutsche Ausstellung wurde gestern von 11000 Personen besucht.

**Belgrad, 20. Mai. (G. T. G.)** Die Ruhe ist seit gestern nicht gestört worden. Behufs Verhinderung von Zugriffen von Außen sind militärische Maßnahmen getroffen worden. Die Abreise der Königin bot keinen Anlaß zum Einschreiten.

**Semlin, 20. Mai. (G. T. G.)** Die Königin Natalie ist heute Vormittag 10 Uhr abgereist. Um Abschiede fanden sich zahlreiche Personen ein, denen gegenüber sich die Königin über die Regentschaft abfällig aussprach. Die Königin hat ihre Freunde unter Thränen, für das Wohl des Königs zu sorgen. Oberst Horowitzsch versprach, den König mit seinem Bute zu schützen. Zahlreiche Personen waren während der Fahrt zum Landungsplatze Bouquets in den Wagen der Königin. Der Landungsplatz war durch einen Polizeicordon abgesperrt. Als der Wagen auf dem Landungsplatze angekommen war, verdrängte die Menschenmenge den Polizeicordon zu durchbrechen, wiewohl jedoch zurück, als die Polizeibeamten ihre Seitenwaffe zogen. Zum Landungsplatze erschienen nur die persönlichen Bekannten der Königin, etwa 100 Personen, Einlaß.